

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Exakter-Heft geöffnet von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.20 monatlich, Mt. 12.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. Mt. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, einschließlich des Postgebührens. Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Buchdruckerei Wilmannsring 12, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Koblenz die dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Wtg. für deutsche Anzeigen; 35 Wtg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Wtg. für deutsche Kleinanzeigen; 2.50 Wtg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei vorübergehender Aufnahme außerordentlich günstigen in kurzen Zwischenräumen erscheinender Anzeigen. — Anzeigen-Entwurf: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr morgens; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Wägen wird früher Bescheid übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Rahow 6202 und 6203.

Mittwoch, 25. September 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 448. • 66. Jahrgang.

Der neue feindliche Großangriff bei St. Quentin.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 25. Sept. (Amtlich.)
Westlicher Arienschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Kege Erkundungstätigkeit in Flaubern. Zwischen Rocures und am Wald von Havincourt lebte der Artilleriekampf auf. Bei Rocures scheiterten erneute Angriffe des Feindes.

Heeresgruppe Voehn.

Stück von Epehu nahmen wir in örtlichem Gegenangriff die vor den Kämpfen am 22. September gehaltenen Linien wieder.

Zwischen Ombion-Vach und der Somme nahmen Engländer und Franzosen ihre Angriffe gegen St. Quentin wieder auf. Sie waren von starker Artillerie und Panzerwagen begleitet. In Conruct, Oricourt und Francilly-Selency sah die Gegner am frühen Morgen Fuß. Versuche des Feindes, in heftigen sich bis gegen Mittag fortsetzenden Angriffen die Einheitsstelle zu erweitern, scheiterten. Durch Artillerie und Flieger wirksam unterstützte Gegenstände unserer Infanterie und Pioniere brachten gegen Mittag Conruct und Oricourt wieder in unseren Besitz. Die zwischen beiden Orten gelegene Höhe wurde nach wechselvollem Kampf wieder genommen. Francilly-Selency blieb in Feindeshand. An der übrigen Front brachen keine Angriffe mehr schon vor unseren Linien zusammen. Wo er sie erreichte, wurde er im Gegenstoß wieder zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Vesle und Aisne brachen Sturmabteilungen in die feindlichen Linien südlich von Olenac ein und brachten 85 Gefangene ein. Ein starker Gegenangriff, den der Feind nach Abschluß dieser Kämpfe gegen unsere Ausgangsstellung richtete, wurde abgewiesen. Bei kleinen Unternehmungen über die Vesle und in der Champagne machten wir Gefangene.

Wir schossen gestern im Luftkampf 28 feindliche Flugzeuge und 6 Hestballone ab. Leutnant Rumery erlangt seinen 42., Leutnant Jacobs seinen 30. Luftsieg.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Die Regierungserklärungen im Hauptausfluß.

Nach dem Reichkanzler erläuterte, wie schon kurz mitgeteilt.

General v. Wrisberg

an Stelle des Kriegsministers

Die Kriegslage.

Unsere Angriffsoperationen beiderseits Rheims blieben, weil der ausschlaggebende Faktor, die Überraschung, nicht gelang, auf tatsächliche Erfolge beschränkt. Mit dem Einstellen unserer Offensive trat eine wesentliche Änderung der Gesamtlage ein. Wir ruhten uns auf die Abwehr einstellen und unsere Front zurückverlegen. In den neuen Stellungen können wir aber mit vollem Vertrauen weitere Angriffe des Feindes erwarten. Es liegt in der Natur der Sache, daß wir als Verteidiger eine erhebliche Zahl von Gefangenen und Geschützen einkehrt haben. Wir können aber mit Bestimmtheit sagen, daß der Feind seine Erfolge nur an den ersten Angriffstagen durch Überraschung mit geringen Verlusten erlitten hat. Auch im übrigen die schwersten Verluste erlitten hat. Auch die amerikanischen Heere dürfen uns nicht schrecken; wir werden auch mit ihnen fertig. Bedeutungslos war für uns

die Frage der Tanks.

Wir sind gegen sie ausnehmend gerüstet. Die Tankabwehr ist heute mehr eine Kerbe als eine Geratfrage. Im Osten und an der italienischen Front ist die Lage im allgemeinen unbedeutend. In Ragadonien gelang es dem Gegner, die bulgarischen Streitkräfte an einer Stelle nicht unerheblich zurückzudrücken. Die bulgarische oberste Heeresleitung sah sich trotz der glänzenden Wäcker des englischen Angriffs am Doiranee gezwungen, ihre Verteidigung weiter zurückzuziehen. In Palästina wurden am 19. Sept. die türkischen Kräfte aus ihren bisherigen Stellungen geworfen. Wie sich die Lage weiter gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Die feindlichen Heeresberichte müssen jetzt mit großer Vorsicht gelesen werden. Sie sind bewußt auf die Zerrückung unserer Stimmung zugeschnitten und bringen daher starke Übertreibungen.

Von verschiedenen Seiten ist und zwar ganz mit Recht Schrift des „Wiesbadener Tagblattes“ die militärische Berichterstattung angegriffen worden: nämlich die Behauptung der Stärke der feindlichen Reserven und des amerikanischen Heeres. In dem erwähnten Punkte ist sie zu weit gegangen. Es wurde nicht genügend zum Ausdruck gebracht, daß der Feind in der Lage war, die abgecampften Verbände wieder aufzufüllen und entsprechend dem Einfluß der amerikanischen Kräfte an ruhiger Front neue Reserven zu bilden.

Voll Vertrauen sieht die Oberste Heeresleitung und die Heeresverwaltung den künftigen Ereignissen entgegen. Der Feind rechnet mehr als je auf unseren inneren Zusammenbruch. Zeigt die Heimat ein starkes Gesicht, so gibt sie dadurch unserer Front eine unüberwindliche Stärke.

Wie es unseren Gegnern schlecht ging, stellten sie sich geschlossen hinter Regierung, Heeresleitung und Heer. Sollte der Deutsche das nicht auch können, zumal es ihm nicht schlecht geht? Wir haben keine Ursache, zu verzagen. Ein fester deutscher Wille führt zum ehrenvollen Frieden.

Hierauf äußerte sich Kapitän zur See Brünninghaus über die Lage zur See: Das wesentliche aus seinen Ausführungen wurde in der Morgen-Ausgabe bereits mitgeteilt. Nachzutragen sind noch seine folgenden Ausführungen: Unsere Flotte, unsere prächtigen U-Bootsbesatzungen wissen zwar, wo für sie kämpfen, aber der Gedanke, daß sie das Heimat-Heer hinter sich haben, läßt sie mit dem Bewußtsein an den Feind gehen, daß das deutsche Volk Verständnis gegenüber der ausschlaggebenden Tätigkeit des U-Bootkriegs hat. Das wird den todesmutigen Männern die schwere Arbeit erleichtern, wird ihnen einen neuen Ansporn zu weiteren Leistungen geben. Nach der bei unserer Marine herrschenden Auffassung stand England vor etwa Jahresfrist vor der Schicksalsfrage, ob es nach den wuchtigen Schlägen, die seinen Lebensnerven, den Frachtenraum, getroffen hatten, auf einer verständigen Grundlage Frieden schließen sollte.

Im weiteren Verlauf der Beratungen des Hauptausflusses des Reichstags führte anschließend an die Darlegungen des Kapitäns g. S. Brünninghaus der

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hinge

über die außenpolitische Lage aus: Es ist mir eine Genugtuung, hier vor Ihnen über die außenpolitische Lage zu sprechen. Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die jüngste Aufforderung Österreich-Ungarns zu einer Aussprache über den Frieden. Die Haltung der deutschen Regierung zum Frieden ist in verschiedenen Aufwörungen zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht worden. Wir haben diese Friedensaufforderung, unsere Bereitschaft zum Frieden, die darin ausgesprochen ist, aufrecht erhalten trotz der zum Teil spöttischen, zum Teil hohnvollen Abfertigung, die wir von unseren Feinden daraufhin erfahren haben. In dieser Bereitschaft zum Frieden waren wir mit unseren Verbündeten völlig einig.

Indessen erscheint es uns, nach dem dieser Mißerfolg unserer bisherigen Anstrengung zuteil geworden war, daß wir nicht noch einmal denselben Weg gehen sollten. Auch kam es uns vor, als ob der augenblickliche Zeitpunkt, in dem der Feind in einer Kriegspolizei, in einem Siegestaumel, sich befand, nicht gerade der geeignetste wäre, unsererseits mit einer neuen Aufforderung zum Frieden hervorzutreten.

Indessen, die Aufforderung ist erfolgt. Zugleich nachdem die Aufforderung ergangen war, haben wir in Übereinstimmung mit unseren Bundesgenossen, der Türkei und Bulgarien, uns dahin ausgesprochen, daß wir den Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung mit größter Sympathie begrüßen und daß wir unsererseits die ersten sein würden, an einer auf Grund dieser Ansetzung zustande gekommenen Aussprache der Kriegführenden uns zu beteiligen.

Ich gehe über zu den Staaten, mit denen wir im Frieden leben, die als Neutrale gelten. Zunächst der größte von ihnen ist

Groß-Rußland.

In Groß-Rußland brodet der Fessel der Revolution weiter. Wir haben uns damit abzufinden und daran zu denken, daß, wer noch immer in den Fessel der Revolution die Finger steckt, sich der Folgen bewußt sein und bereit sein mußte, die Folgen zu tragen. Die Revolution wird in Rußland beinflusst durch das Vorgehen der Feinde, der Engländer und Amerikaner. Die Engländer und Amerikaner haben im Norden von Rußland einen selbständigen Staat gebildet, den Kolakast. Ebenso haben sie in Archangelsk eine neue Republik unter ihrer Ägide gegründet. Die Truppen, welche die Engländer und Amerikaner augenblicklich dort installiert haben, sollen die Zahl von 50000 erreichen, doch sind diese Zahlen, wie die Herren wissen, meistens recht unsicher.

Diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden müssen von uns mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Sie richten sich auf den Umsturz der gegenwärtigen Regierung in Rußland und die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland. Die bolschewistische Regierung hat sich gegen diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden gewehrt. Wir haben unsererseits und ebenfalls darauf eingewirkt. Solchen Unternehmungen, falls sie bedrohlicher werden, zu begegnen. Wir können sagen, daß jetzt im Murmangebiet und im Süden davon bis Vorank die Engländer, Amerikaner, zum Teil auch die Italiener bereits Vorkehrungen sind. In ihrem Sold stehen auch Rote Garisten, Russen. Daß sie weiter vorzuehen werden, ist nach dem langen Zeitraum, der vergangen ist, seitdem sie diesen südlichen Punkt erreicht hatten, nicht recht anzunehmen. Das Klima und die Bodenverhältnisse stellen sich dem entgegen. Das Programm der bolschewistischen Regierung gegenüber diesen Entente-Unternehmungen ist nicht ganz klar ausgesprochen. Sie hat sich dagegen gewehrt, sie ist auch dagegen vorgegangen, aber den Arienschauplatz hat sie nicht ausgesprochen. Außerhalb dieser Unternehmungen unserer Feinde in Rußland haben sie in der Hauptstadt des russischen Reichs Putische gegen die dortige Regierung angezettelt. Diese Putische sind, wie die Herren wissen, unter der Mitwirkung der Vertreter Englands und Amerikas vorgekommen worden. Sie sind blutig unterdrückt worden. Wir haben daran ein Symbol von dem, was die Entente in Rußland föhig und gewillt ist, zu unternehmen. Die bolschewistische Regierung scheint sich in letzter Zeit dieser Gefahr bewußt zu sein. Sie wappnet sich dagegen und behauptet, Erfolge dagegen aufzuweisen zu können.

Einer der neuen Staaten, mit denen sich Rußland einanderzusehen hat, ist

Finland.

Verhandlungen über das Verhältnis beider benachbarter Staaten zueinander sind hier in Berlin aufgenommen worden. Wir haben gefunden, daß die gegenseitigen Spannungspunkte noch miteinander differieren. Unsere Bemühungen, sie zum Ausgleich zu bringen, sind zeitweilig fehlschlagen. Wir haben aber die Hoffnung, annehmen zu dürfen, daß dieser zeitweilige Fehlschlag kein endgültiger sein wird.

Die Ukraine.

Schreitet in erfreulicher Weise in der Konsolidierung weiter. Der Hetman der Ukraine ist mit seinen maßgebenden Ministern in Berlin gewesen und hat mit der Regierung Rücksicht genommen. Wir haben dabei festgestellt, daß seine Absichten loyal und für die Ukraine förderlich sind, daß er befreit ist, die Probleme, die sich der Ukraine stellen, einer baldigen Lösung entgegenzuführen, und daß seine Absichten und gegenüber aufrichtig und klar sind. Es besteht augenblicklich zwischen der Sowjetregierung und der Ukraine ein Waffenstillstand und eine Art Abmachung über den gegenseitigen Verkehr, auch über den Handel. Wir können annehmen, daß auch nachdem dieser Modus vivendi schon geraume Zeit erfolgreich bestanden hat, er allmählich zu erfolgreichen Verhandlungen zwischen beiden Staaten führen wird, die aus dem Waffenstillstand einen dauernden Frieden machen wollen. Die Ukraine arbeitet darauf hin, ein selbständiger, lebensfähiger und starker Staat zu werden. Wir können diese gute Absicht begrüßen.

Die Tschecho-Slowaken

bedrohen die Bolschewisten von Osten. Der Name Tschecho-Slowak ist heute nicht mehr das, was er im Zeitpunkt seines Entstehens bedeuten sollte. Nach den vorliegenden Nachrichten scheinen bei den Tschecho-Slowaken nur noch wenige Tschecho-Slowaken zu sein. Die meisten Angehörigen dieses Heeres sollen aus Sibirien und übergelassenen Russen bestehen. Der Zusammenhalt in dieser Armee wird verschiedentlich geschildert, die meisten Nachrichten laufen aber darauf hinaus, daß das tschecho-slowakische Heer mit der Zeit mehr und mehr undiszipliniert wird, und daß nach dem Beispiel vieler anderer Armeen im fernsten Osten weiter nichts wie undisziplinierte Unternehmungen entstehen. Die Tschecho-Slowaken haben im Augenblick den Ural und die Wolgaregion zum Teil besetzt. Neuerdings hat die bolschewistische Regierung sie zurückgedrängt, und die Regierung in Moskau gibt an, die wichtigen Städte Kasan und Simbirsk wieder in ihre Hand gebracht zu haben. Was

Sibirien

selbst angeht, so befindet sich eine Regierung in Irkutsk, eine in Omsk, eine andere in Bladivostok und eine weitere in Chabrin. Diese verschiedenen Ortsnamen kennzeichnen nur die Staaten, wo sich überhaupt eine Regierung konstituiert hat. Die große Weite von Sibirien ist regierungslos und hat sozusagen keine Regierung, die über die der Gemeinde hinausgeht. So lange die Russen sich in diesen kleinen Gemeinden wohl befinden, so lange ist eigentlich noch nicht an ein Ende dieser Prozesse zu denken, die sich in Rußland abspielen. In Sibirien haben wir andere Prozesse des staatlichen Lebens entstehen sehen. Rördlich des Kaukasus hat

General Alexejew

eine Armee gegründet, die er die Freiwillige Armee nennt. Sie soll etwa 100 000 Mann haben und gut bewaffnet sein, aber Mangel an Munition haben. Aber die Stellung Alexejews zu den Problemen, die in Rußland vorhanden sind, wissen wir nur so viel, daß er darauf ausgeht, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und an ihre Stelle einen Schein, ein Bild, oder das Wesen des alten Rußland zu setzen, je nach der Möglichkeit. Ferner wissen wir, daß Alexejew Entente ist. Er befindet sich in einer recht abgeschlossenen Position, so daß er kaum noch Geld bekommen kann von den Feinden, da er von den Verfechtungen abgeschnitten ist. Von den Don-Kosaken wurden unsere Angelegenheiten sachlich erledigt, wie wir ihre Angelegenheiten ebenfalls sachlich anerkannt haben. Dagegen haben wir ein großes Interesse, daß in diesen Gebieten, so weit es möglich ist, Ordnung und Ruhe herrscht, denn im Norden vom Don-Kosakengebiet befindet sich das höchst wertvolle Donezbecken mit seinen großen Kohlenlagern. Die Astrachan-Kosaken, am Südbende der Wolga stehend, behaupten sich weislich von den Don-Kosaken. Auch sie beanspruchen für ihr Staatsgebiet die Unabhängigkeit. Am Nordwestufer des Kaspiischen Meeres finden wir wiederum einen neuen Staat, den der Teret-Kosaken. Es scheint, daß sich die Engländer ihrer angenommen haben und ihnen Geld zukommen lassen. Wir brauchen diesen Punkt nicht so tragisch zu nehmen, denn auch ihre Verbindungen sind gestört und werden nicht so leicht wiederhergestellt werden können. Im die Kuban- und Teret-Kosaken herum stehen noch bolschewistische Truppen im Kampf mit allen diesen Staatsgebieten, die sich dort für unabhängig erklärt haben und einer Einigung noch nicht zustimmen. Wichtiger für uns ist

die Krim.

Sie hatte eine eigene lokale Verwaltung eingerichtet. Neuerdings haben zwischen der Ukraine und der Krim wirtschaftliche Verhandlungen stattgefunden, die zu einem erfolgreichen Ausgang geführt haben. Die innere Lage Groß-Rußlands scheint uns nach den Mitteilungen, die wir in den Zeitungen lesen, vom Terror beherrscht zu werden. Zweifellos kommen Schreckensdiktator vor, aber daß sie in dem Umfang vor sich gehen sollten, wie wir es in den Zeitungen lesen, ist nicht sehr wahrscheinlich.

Welches ist nun unser Standpunkt gegenüber den bolschewistischen Regierung?

Wir haben kein Recht, dem bolschewistischen Standpunkt aus in die inneren Verhältnisse Rußlands eingzugreifen. Wir haben den Frieden im Osten dank dem Frieden von Brest-Litowsk, es ist im Interesse des Deutschen Reichs und seiner

Verbindeten, an diesem Frieden festzuhalten, solange es nur möglich ist. Diese Möglichkeit liegt zum großen Teil bei uns, zum anderen Teil bei den Russen, über die wir die Herrschaft nicht haben. Unser Verhältnis bezüglich der in Russland noch unserer Meinung ungewöhnlichen Lage ist das folgende: 1. Wir erhalten uns des Eingriffes auf Maßnahmen gegen Russen und solche Ausländer, die unserem Schutz nicht unterstehen. 2. Wir treten mit allem Nachdruck und ich füge hinzu, auch recht oft mit vielem Erfolg zugunsten von Deutschen und Deutschfreunden ein, die unsere Schutzgenossen geworden sind oder sind. In jüngster Zeit hat der König von Spanien eine amtliche Anregung gegeben, die Jarenfamilie aus Russland nach Spanien reisen zu lassen. Wir haben uns bei der russischen Regierung dafür eingesetzt, wenn es nicht möglich sein sollte, die Jarenfamilie, die Jarin und ihre Töchter und den kranken Jarewitsch aus Russland nach Spanien reisen zu lassen, ihnen dann wenigstens die Möglichkeit zu geben, nach der Krim zu gehen und sich dort in den früheren zarischen Schlössern niederzulassen. Dort haben sich schon eine Reihe von Großfürsten mit ihren Familien, Frauen und Kindern insolliert, und sind dort unter dem Schutz von geringen Kräften der deutschen dort stationierten Truppen.

Die Nationalisierung des Eigentums ist eine der Hauptmaßnahmen der bolschewistischen Regierung. Unsere Regierung wird davon berührt. Wir haben versucht, in der Form des Ergänzungsvertrags zu Zusatzverträgen zum Frieden von Brest-Litowsk und gegen die schädlichen Folgen dieser Maßnahmen auf Deutsche und auf unsere Schutzgenossen zu schützen. Wir hoffen, daß diese Ergänzungsverträge dazu führen werden, daß wir mit Russland allmählich in fruchtbarere wirtschaftliche Beziehungen kommen. Die Russen jetzt besteht, werden wir indessen kaum hoffen können, sofort Handelsverträge zu erzielen. Trotzdem dürfen wir nicht warten, sondern müssen darangehen, schon jetzt vorzubereiten, was uns in Russland an Handelsmöglichkeiten offen steht. Die Ergänzungsverträge sollen uns dazu helfen. Wie die Herren wissen, haben wir seinerzeit eine andere Demarkationslinie gegen Russland ins Auge gefaßt als diejenige, die zurzeit besteht. Während der Verhandlungen mit Russland streifte sich der Loslösungsprozess. Alle neuen Staatsgebilde strecken und die Hand entgegen. Wir haben dadurch Gebiete mit unseren Truppen schützen müssen, an die wir früher nicht gedacht haben. Es war nicht die Absicht der deutschen Truppen, dort russisches Gelände in Besitz zu nehmen, sondern die Völker riefen nach unserem Schutz. Nicht Eroberungslust hat uns veranlaßt, in diese Länder einzurücken, sondern allein deren Wunsch und daneben die Kriegsnotwendigkeit. Der dadurch geschaffene Zustand mußte legalisiert werden. Dazu haben die Ergänzungsverträge gedient. Wir hatten im Frieden von Brest-Litowsk

Rußland und Dänemark

so lange mit Vollmacht zu schützen, bis sie dazu aus eigener Kraft in der Lage sein würden. Wir werden diese Staaten als das anerkennen, was sie staatsrechtlich geworden sind, nämlich als selbständige Staaten und, so weit es nötig ist, mit unserer Hilfe organisieren. Darüber hinaus brauchen wir nicht zu gehen. In Südrussland hat sich der Staat Georgien gebildet. Wir sind im Einvernehmen mit der russischen Regierung bereit, ihn zu gelegener Zeit anzuerkennen. Bezüglich der anderen im Kaukasus entstandenen Staaten haben wir uns nicht weiter engagiert, als es unsere Interessen wirklich erfordern. (Jurus: Waku.)

Baku

ist für Russland ein Lebensbedürfnis, aber nicht nur für Russland, sondern für die halbe Welt, jedenfalls für halb Europa. Für unsere Zwecke der Beleuchtung und der Versorgung mit Öl und Kohlen brauchen wir die Produkte von Baku. Wir haben daher großen Wert darauf gesetzt, Baku intact zu erhalten. Der Ergänzungsvertrag sieht vor, daß wir dafür eintreten werden, das Vorrücken einer dritten Macht gegen Baku zu verhindern. Der Zweck dieser Vereinbarung war, die wertvollen Ölfelder vor einer Zerstörung zu bewahren. Wir haben in dem Vertrag gesagt, daß wir dafür eintreten werden. Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, dieses Ziel zu erreichen. Es ist uns das nicht ganz gelungen, aber wir sind bemüht; und dieser Versuch verspricht Erfolg. Baku für uns und unsere Alliierten als das zu erhalten, was es sein soll: ein überflutendes, überaus reiches Gebiet.

Das Finanzabkommen bewirkt einen Ausgleich der zwischen Russland und Deutschland stehenden Forderungen. Sie haben ergeben, daß auf Seiten Deutschlands ein erhebliches Plus zu verzeichnen war. Dieses Plus sorgfältig errechnet, von der russischen Regierung kontrolliert, hat einen Überschuß zu unseren Gunsten von 6 Milliarden ergeben. Wir beabsichtigen, aus diesen 6 Milliarden, die in Noten bezahlt werden sollen und von denen die erste Rate bereits gezahlt worden ist, — die zweite ist am 30. September fällig —, die deutschen Forderungen, auch Private, zu befriedigen. Wir haben uns auf diese Pauschalsumme geeinigt, um alle Weiterungen hintanzulassen. Das privatrechtliche Abkommen gibt uns insofern eine Sicherheit gegen willkürliche Anwendung der russischen Gesetze, als wir für privatrechtliche Streitigkeiten besondere Schiedsgerichte vorgesehn haben. Ich glaube, wir können zufrieden sein mit dem, was mit diesem Zusatzvertrag erreicht worden ist, wie wir auch bei den Russen Zufriedenheit darüber hören können.

Im Norden hat einer der Staaten, die unser besonderes Interesse erregen,

Finnland

die ersten Schritte getan, um sich politisch zu konsolidieren. Schon im Mai dieses Jahres hat General Mannerheim in Helsinki erklärt, daß für Finnland die Grundlage seines Gedeihens die Herstellung einer Monarchie sein müsse. Das finnische Gesetz sieht Finnland vor als einen monarchischen Staat. Der Reichsverweser hat gegen Ende Mai erklärt: Der einzige Weg, die Selbständigkeit und Freiheit Finnlands zu sichern, ist eine feste, über den Parteistreitigkeiten stehende konstitutionelle Monarchie. Ich betone das ganz besonders, um zu zeigen, welche Basis die Monarchie in Finnland hat, indem ich den Einwand vorausehe, als ob wir bestrebt gewesen wären, Finnland eine Monarchie aufzubringen. Das ist nicht der Fall gewesen. Die finnische Regierung hat sich an uns gewandt mit der Bitte um einen Prinzen des königlichen Hauses, eines Sohnes des Kaisers als Monarchen. Seine Majestät der Kaiser hat sich aus verschiedenen Gründen nicht demogen gefühlt, diesem Ersuchen Folge zu geben. Es ist der finnischen Regierung gesagt worden, die Frage der Staatsform ist eine Angelegenheit der finnischen Regierung. Wir haben auf Wunsch der finnischen Regierung durch unseren Vizekanzler bekanntlich erklärt, daß jede Einmischung in die Verfassungsfragen für uns ausgeschlossen ist, daß allerdings in Deutschland die Beibehaltung der konstitutionellen monarchischen Verfassung mit Sympathie begrüßt werden würde.

Einer des interessantesten Staaten in dem ganzen Ost-

Polen

Die Grundlage unserer Politik hinsichtlich Polens ist die

Mobilitäten für die Durchführung dieser Proklamation sind wir und Österreich-Ungarn als Interessenten gewillt, uns zu verständigen unter Annäherung der Wünsche der Polen. In dieser Woche werden von unserer und österreichischer Seite Kommissare zu Verhandlungen hierüber in Berlin zusammentreten. Ich bemerke nochmals, daß diese kommissarischen Verhandlungen die Wünsche und die Stimmen der Polen anhören sollen und wollen.

Was wir für uns zu erreichen hoffen, ist eine wirtschaftliche Gleichstellung der Mittelmächte auf dem polnischen Markt mit den Polen. Wir sind dafür bereit, Polen aufzunehmen in das künftige mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis.

So lange dieses Wirtschaftsbündnis noch nicht besteht, sind wir gewillt, mit Polen einen vorläufigen Handelsvertrag zu schließen auf der Grundlage der Reziprozität. Wir denken ferner an eine Gleichstellung der deutschen und österreichischen Staatsangehörigen mit den polnischen Staatsangehörigen in Polen bezüglich Handel und Gewerbe und des Erwerbs von Vermögen, namentlich von Grundstücken und Land. Wir schreiben einen freien Durchgangsverkehr von Gütern und Personen aus Deutschland durch Polen und umgekehrt; sind weiter bereit, das freie Polen bezüglich Deutschland zu gewähren. Wir wollen ferner die Schifffahrt auf der Weichsel und den zugehörigen Wasserstraßen für frei erklären für uns und für Polen. Ferner sind wir bereit, Polen zuzugestehen Gleichstellung mit uns bezüglich der inländischen Schifffahrt unter der Bedingung, daß Polen das gleiche Zugeständnis Deutschland macht. Im kulturellen Interesse sind wir gesonnen, von dem neu entstandenen Polen zu verlangen, daß die Gesetze, welche während der Okkupationsverwaltung entstanden sind und die der Erhaltung der deutschen Schulen und Kirchen dienen, aufrecht erhalten werden. Wir wünschen, daß dieser Schutz unserer deutschen Landesangehörigen in Polen auch nach der Gründung der Unabhängigkeit Polens weiterbesteht.

Ich darf nun übergehen zu einem anderen Staat, mit dem wir jetzt auch in Frieden leben, zu

Rumänien

Nach Unterzeichnung des Friedens machten unsere gegenseitigen Beziehungen ständig gute Fortschritte. In diesem erfreulichen Zustand ist im Laufe des Spätsommers eine Verschlechterung eingetreten. Unter den Einflüsterungen der Entente hat Rumänien, wie es scheint, Verzögerungen in der Ausführung der ihm obliegenden Vertragsverpflichtungen für möglich gehalten. Wir sind dabei, diesen Verzögerungen durch freundschäftliche Vorstellungen bei der rumänischen Regierung entgegenzutreten. Das Ergebnis unserer bisherigen Bemühungen berechtigt uns zu der Annahme, daß wir damit Erfolg haben. Im übrigen streben wir eine Gesundung Rumäniens und eine Sicherung des Friedenswerkes von Bukarest an. Wir sind aber der Ansicht, daß die Sicherung dieser Interessen in erster Linie durch Rumänien selbst zu erfolgen hat. Die Demobilisierung schreitet in letzter Zeit schneller fort, als nach den in jüngster Zeit eingetretenen Verzögerungen anzunehmen war. Zu Verorganissen liegt zurzeit ein Anlauf nicht vor. Die Einigung zwischen der Ukraine und Rumänien in bezug auf Bessarabien ist noch nicht erfolgt. Wir haben in dieser Hinsicht lebhaft erklärt, daß wir an der Angleichung Bessarabiens an Rumänien keinen Anstand nehmen, aber wir haben keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Ukraine und Rumänien übernommen.

Von den anderen neutralen Staaten ist

Spanien

im August mit einer Forderung herorgetreten, die uns überaus hat. Es hat verlangt, für jedes versenkte französische Schiff eines der in spanischen Häfen internierten deutschen Schiffe in Dienst zu nehmen, und zwar bis zum Frieden gegen eine angemessene Entschädigung. Das war eine Forderung, der wir nicht nachkommen konnten. Wir haben Spanien gegenüber betont, daß die Versenkungen im Sperrgebiet in Gemäßheit der von uns veröffentlichten Erklärung als Kriegsschäden anzusehen sind und daß wir unmöglich zugestehen können, daß Spanien dieserhalb unsere Schiffe in Besitz nimmt. Wir sind aber eingedenk dessen, daß Spanien im Laufe des Krieges Deutschland und den Deutschen im Ausland wesentliche Dienste geleistet hat (Sehr richtig!), Spanien dankbar. Wir legen Wert darauf, Spanien unsere Dankbarkeit zu beweisen. (Sehr richtig!) Wir haben ihm daher gewisse Zugeständnisse angeboten nicht in bezug auf die Schiffe, die im Sperrgebiet versenkt wurden, wohl aber in bezug auf solche, die außerhalb des Sperrgebietes dieses Schicksal erlitten. Wir würden bereit sein, für je ein solches Schiff an Spanien für die Dauer des Krieges gegen angemessene Entschädigung je eines unserer in Spanien internierten Schiffe zu übergeben. Wir haben die spanische Regierung ersucht, zu Verhandlungen über die Anwendung des Geleitzschiffensystems auf spanische Schiffe einen Experten herbeizuziehen zu entsenden. Es scheint, daß Spanien dazu geneigt ist und daß wir auf diesem Wege zu einer für Deutschland und Spanien ersprießlichen und annehmbaren Lösung kommen werden.

Mit den anderen neutralen Mächten stehen wir in normalen Beziehungen. Es ist nicht zu vergessen, daß in allerjüngster Zeit die Versuche der Entente in den neutralen Ländern, eine unparteiliche Stimmung hervorzurufen, gewisse Erfolge gehabt haben. Wir brauchen das nicht zu überschätzen. Die neutralen Länder haben in wirtschaftlicher Beziehung ein großes Interesse daran, mit Deutschland auch künftig gute Nachbarschaft zu halten. Ich bege in dieser Beziehung nicht die großen Besorgnisse, die zeitweilig in unserer Presse hervortreten.

Vizekanzler v. Bayer:

An Stelle des verhinderten Staatssekretärs des Innern möchte ich zur Vervollständigung des Bildes einige Mitteilungen über die Verhältnisse der in unserer Hand befindlichen

Ostseegebiete und Litauen

und über die in Aussicht zu nehmende Entwicklung dieser Länder machen. Die staatsrechtlichen Verhältnisse im sogenannten Baltikum — Kurland, Livland und Estland — konnten bis jetzt nicht geregelt werden. Erst in den vor einigen Wochen ratifizierten Nachrichten zu dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk hat Russland seine Zustimmungserklärung zu der Unabhängigkeitserklärung dieser Länder. Unter Wunsch ist, mit diesen in einem gutnachbarlich-freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung der Länder liegt in ihren Händen. Nach unserer Ansicht wird den beiderseitigen Interessen am besten gedient, wenn wir uns mit ihnen zunächst über die Konventionen verständigen, die notwendig sind, um die beiderseitigen staatsrechtlichen Beziehungen zu

Es handelt sich neben dem Abschluß eines allgemeinen Bündnisvertrages um das Zustandekommen von Verträgen über Rechtsidung und Rechtsgleichheit, über Eisenbahnen, Post- und Telegrafendienste, über Zölle, Steuern, Währung, Maße, Gewicht und um. Außerdem noch um ein Militär- und Marinekonventionen. Unsere Entwürfe sind nahezu fertiggestellt, die Verhandlungen können also unmittelbar beginnen. Es ist nicht beabsichtigt, die drei Länder als selbständige Staaten fortbestehen zu lassen. Sie sollen und wie es scheint, wollen auch vielmehr zu einem zusammengefaßt werden, zumal eine ethnographischen Rücksichten Rechnung tragende Schiedung so gut wie unmöglich ist. Die Verträge sind zunächst nur als vorbereitende gedacht, während der definitive Abschluß erst durch die für den neuen Staat zu bildende Regierung erfolgen soll. Bei der vorläufigen Regelung wären die einzelnen Staaten allerdings in einer Weise vertreten, die den modernen Begriffen von Repräsentation und von Volksvertretung nicht ganz entspricht. Es handelt sich zwar um eine ziemlich umfassende Repräsentation. Trotzdem werden diese Vertretungen, speziell soweit Estland in Frage kommt, von anderer Seite, namentlich von den Träumern des tatsächlich nicht mehr bestehenden estländischen Landtages lebhaft bestritten. Die Frage berührt uns direkt nicht. Wir müssen uns an die Vertretung halten, die eben da ist. Eine selbstverständliche Aufgabe einer jeden künftigen Regierung wird es sein, eine auf die besten Schwächen der Bevölkerung sich stützende gesicherte und kräftige Volksvertretung zu schaffen.

Über die Frage der künftigen Regierung des Baltikums gehen die Meinungen dort wie auch in Deutschland weit auseinander. Strömungen, die Meinungen zu einer republikanischen Regierungsform haben, stehen der Tatsache gegenüber, daß die Landesräte sich einstimig für eine Personalunion mit Preußen ausgesprochen haben. Die Entscheidung kann erst erfolgen, wenn die Verständigung über die Konventionen zustandekommen ist. Wenn dabei der Willen auch keine Entscheidung aufgedrängt werden soll, wird Deutschland doch selbstverständlich seine Interessen zu wahren haben. So sprechen gegen die viel gelobte und viel angepöbelte Lösung in Form der Personalunion mit Preußen vom Standpunkt des Reiches aus mancherlei politische Gründe, so daß diese Lösung keineswegs als feststehend angesehen werden kann.

Um Berücksichtigung innerlicher Interessen handelt es sich für das Deutsche Reich keinesfalls.

Sämtliche drei Staaten unterstanden früher einer rein militärischen Verwaltung. Seit dem 1. August ist für die baltischen Länder und für Litauen getrennt eine Verwaltung eingerichtet worden, die ganz nach dem Muster einer Zivilverwaltung eingerichtet ist. So besteht in den baltischen Ländern unter der Verwaltung zunächst eine Zentralverwaltung, unter ihr wieder drei Provinzialverwaltungen unter je einem Landesoberhauptmann, unter diesen wieder eine mit Kreisoberhauptmann der Spitze. Neben dieser Organisation her besteht noch ein nicht militärischer Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen.

Die Regelung der Verhältnisse in Litauen

ist leider nicht mit der erhofften Schnelligkeit vor sich gegangen. Auch hier wird nun über die Entwicklung in Gang kommen, zunächst durch eine Verständigung über die Konventionen. Für diese vorläufige Verständigung wie wohl auch für die Bildung der künftigen Regierung ist in Litauen in der Tarsha ein Organ vorhanden, das aber gleichzeitig beanstandet wird. Sie besteht aus 20 Mitgliedern verschiedener politischer Richtungen, erhält aber kaum eine gesunde Vertretung des litauischen Bauerstandes und gar keine der nationalen Minderheiten. Die Reichsleitung geht auch hier davon aus, daß nach erfolgter Verständigung über die Konventionen es Sache der zeitweiligen Landesvertretung ist, für eine Regierung zu sorgen, daß dann politische Interessen dabei keineswegs eine Rolle spielen dürfen, daß aber das Reich sich zu überlegen habe, inwiefern seine Interessen ihm gestatten, den etwaigen Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen.

Die unläufig vorgenommene Wahl eines Monarchen vor Verständigung über die Konventionen erscheint jedenfalls verfehlt.

Auch für Litauen ist in ähnlichen Kreisen nimmere die Einrichtung der Kreisbeiräte aus Landeseinwohnern durchgeführt, bis dem Kreisoberhauptmann in allen wichtigen Fragen beratend zur Seite stehen. Von einer Annexion dieser Länder kann mit Recht sicherlich nicht gesprochen werden, wenn wir ihnen auch die von ihnen gar nicht beanspruchte Freiheit ganz ohne Rücksicht auf uns, zu tun und zu lassen, was sie wollen, nicht gewähren können. Sie werden dagegen auch große Vorteile aus der Verbindung haben. Ich nehme sodann Gelegenheit, auf mehrfache Anträge anlässlich meiner

Stuttgarter Rede

zu sprechen zu kommen: „Am Osten ist für uns Friede und Bleibt für uns Friede, mag es unseren weissen Feinden gefallen oder nicht.“ Wir tragen haben vor allem diejenigen lebhaft Widerspruch erhoben, welche mit einem Teil der Bestimmungen des Friedens von Brest-Litowsk nicht einverstanden waren. Das kann ich nicht als begründet erachten, formell nicht. Der Friede ist geschlossen. Seine Bedingungen sind oder werden ausgeführt. Er ist abgeschlossen zwischen einer Mehrzahl beteiligter Staaten. Bundesrat und Reichstag haben zugestimmt. Auf dem Wege freier Vereinbarung sind die Zusatzverträge unterhandelt. Sie sind von beiden Seiten ratifiziert. Es ist Friede mit Russland, der uns, mit Rumänien. Wer könnte erwarten, daß ein Mitglied der deutschen Reichsregierung den staatsrechtlichen Auktand auf den Kopf stellen über die Köpfe der anderen beteiligten Staaten, des Bundesrats und des Reichstages weg erklären würde, die Friedensverträge mühten aufgehoben oder abgeändert werden und zwar unter Mitwirkung der Feinde, mit denen wir im Kampfe auf Leben und Tod stehen? Diese Darstellung ist politisch

absurd. Aber auch materiell kann eine andere Erklärung nicht abgegeben werden. Der Friede von Brest-Litowsk ist ein Verkauf. Sein Zustandekommen war für uns eine Lebensfrage. Heute noch haben wir das allergrößte Interesse an seiner Aufrechterhaltung. An ihm zu rütteln, solange der Krieg fort dauert, heißt das Vaterland direkt in Gefahr bringen. Niemand in verantwortlicher Stellung kann sich dazu verstehen. Auch in der Beschränkung, daß die Friedensverträge zunächst weiter bestehen, aber beim Abschluß des sogenannten Weltfriedens der Friedenskonferenz unterbreitet werden sollen, scheint mir der Standpunkt meiner Gegner nicht haltbar.

Die sogenannten Randstaaten wollen von Rußland los und Rußland hat ihnen das genehmigt. Irrendwo aber müssen sie Anschluss finden. Zur vollen Selbständigkeit sind sie zu klein und kein angrenzender Großstaat könnte es ertragen, daß sie nach Luit und Laune bald nach rechts bald nach links pendeln oder sich auf eigene Faust tummeln. Sie wollen aber, obwohl sie im Krieg und durch unsere Besetzung viel Schwers zu ertragen haben, zu Deutschland. Wir können es natürlich nur begehren, daß sie, von Rußland abgetrennt, unsere Heimat statt sie zu bedrohen, schützen helfen.

So groß aber unser Interesse an der Regelung ist, so groß ist das Interesse unserer Feinde, wenn wir sie mitbrechen lassen an der umgekehrten Frage man doch einmal in England, ob es seinerseits geneigt wäre, die Eroberung Ägyptens, die es während des Krieges vorgenommen hat, beim Friedensschluß der Genehmigung Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei zu unterstellen? Und doch ist das ein reiner Gewaltakt, während die Randstaaten auf Grund des ihnen ausdrücklich vorkrieglich anerkannten Selbstbestimmungsrechts von Rußland losgelöst und uns zugewandt haben. Und sind diese Dinge in einem gewissen Fluß. Das trifft auch für Polen zu.

Nicht mit Unrecht hat Staatssekretär Dr. Solf neulich den Brest-Litowsker Frieden als einen Rahmen bezeichnet.

Der natürlichen Entwicklung der Dinge soll man nicht vorzueilen. Aber Wahrscheinlichkeit nach werden auch die irgend einmal so tretenden Verhandlungen mit der bestimmtesten Fülle zur Erweiterung und Vertiefung auch dieser Verträge geben. Man denke nur an die Frage eines Pölerbundes, der Schiedsgericht, usw., die auch den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und dann selbstverständlich beiden Teilen zugeute kommen müssen. Verfehlt wäre es aber, die Verträge als solche, also auch soweit sie die Beziehungen zwischen den Vertragspartnern regeln, ohne Not der Einmischung feindlicher Elemente preiszugeben.

Wir wollen gegen die Menge unserer Feinde seinerzeit abgedrückt, nämlich bei den Verhandlungen, einen schweren Stand haben.

Diese Schwierigkeit von vornherein zu vermehren, indem man die wiederholte Regelung bereits geregelter Fragen in einem großen Kreis in Aussicht nimmt, widerspricht unseren wichtigsten Interessen. Die Einwirkung, unsere Feinde werden nur, wenn dadurch, daß Deutschland unsere Bundesgenossen diese Fragen als erledigt behandelt und nicht in die kommende Friedensdiskussion einwerfen werden, überhaupt vom Eintreten in Friedensverhandlungen abhalten lassen, halte ich nur teilweise für begründet. So sagen werden unsere Feinde sicher nicht, wollen wir uns aber durch die Drohung aus einer Position in die andere drängen lassen, würden wir uns schließlich mit besserem Willen zur Endabrechnung einfinden wie die Feinde es wollen. Sollten sie dementgegen einmal wieder Einmischung, Selbstbeherrschung und Selbstlosigkeit zeigen, daß wir ihnen, unbeschadet unserer Interessen, die Mitwirkung bei den Fragen gestatten können, die sie, wenn überhaupt, jedenfalls nur indirekt berühren, können wir uns ja immerhin mit denen, die neben uns beteiligt sind, darüber verständigen, ob wir uns dann unter Wahrung der eigenen Interessen mit unseren derzeitigen Feinden auch über diese Fragen unterhalten wollen. Bis dahin aber, glaube ich, handelt eine verantwortliche Regierung, die mehr mit Tatkraft als mit Hoffnungen auf das Geredewort, nämlich mit dem Wohlwollen unserer etwas robuster und rücksichtsloser angelegten Feinde rechnen muß, pflichtbewußter, wenn sie den alten Satz nicht ganz vergißt: Suchet zu halten, was du hast. — Am Schluß ergab General v. Wrisberg seine Ausführungen über die militärische Lage durch Mitteilungen über den Stand der Operationen in Mesopotamien und Persien. Wiedern wird die weitere Aussprache auf Mittwochvormittag vertagt.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

W. T. B. Berlin, 23. Sept. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie beschloßen am Freitag in gemeinsamer Sitzung, aber getrennter Abstimmung, mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen den Eintritt von Parteigenossen in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen: 1. Uneingeschränkter Vorkursus zu der Einberufung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Bänderbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Abrüstung beruht. 2. Vollkommene einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigungen. Ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros. 3. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß, sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten. Nach Friedensschluß sind die besetzten Länder frei zu geben. Demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu gründen. 4. Autonomie Elsaß-Lothringens und für alle deutsche Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht. Der preussische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausauschusses hervorgeht. 5. Einheitslichkeit der Reichsregierung, Aufrechterhaltung und Verantwortung der Regierungen. Verantwortung der Regierungsbeteiligten auf der Parlamentsmehrheit aber aus Personen, die der politischen Parteimehrheit

entsprechen, Aufhebung des Artikels in der Reichsverfassung: Politische Veröffentlichungen in der Krone und den Militärbehörden sind vor Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen. 6. Die sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die Versammlungs- und Pressefreiheit beschränkt werden. Die Zensur darf nur auf rein militärischem Gebiet angewendet werden. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden. Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Lord George braucht weitere Erholung.

W. T. B. Amherst, 23. Sept. (Drahtbericht.) Einem tiefen Stille liegt Lord George aus Manchester nach London zurückgekehrt. Er will zur Erholung aufs Land gehen.

Ein italienisches Dementi.

W. T. B. Bern, 21. Sept. Die Agenzia Stefani dementiert die Nachricht der „Deutschen Zeitung“, daß zwischen Österreich-Ungarn und Italien offiziell über eine territoriale Verständigung unter Vermittlung von Schweizer Diplomaten verhandelt werde.

Der türkische Rückzug in Palästina.

W. T. B. Konstantinopel, 23. Sept. Tagesbericht Palästinafront: Gestern geleitete Nachhutkämpfe sichern uns die Durchführung unserer Maßnahmen beiderseits des Jordans. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Feindlicher Fliegerangriff auf Konstantinopel.

W. T. B. Konstantinopel, 23. Sept. Begünstigt vom Vollmond versuchten gestern feindliche Flieger Konstantinopel anzugreifen. Infolge der energischen Abwehr verblieben sie nur kurze Zeit über der Stadt und entfernten sich, ohne Schaden anrichtet zu haben. Heute nacht wurde der Versuch wiederholt.

Die neuen deutsch-österreichischen Verhandlungen über Polen.

W. T. B. Berlin, 24. Sept. Die bei der letzten Anwesenheit des Staatssekretärs v. Solf in Wien mit der österreichisch-ungarischen Regierung vereinbarten kommissarischen Verhandlungen über die polnische Frage haben heute zwischen den Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns wieder begonnen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen ist beabsichtigt, auch die Vertreter Polens hinzuzuziehen.

Das Märchen von der Räumung Elsaß-Lothringens.

W. T. B. Berlin, 24. Sept. (Amtlich.) In der Heimat laufen in den letzten Tagen Gerüchte um, die sich mit der Räumung von Teilen des Elsaß-Lothringens beschäftigen. Hierzu wird mitgeteilt, daß lediglich die vor einigen Tagen erfolgte amtlich beauftragte Fernbesichtigung von Metz und anderen Stellen Veranlassung gegeben hat, zum Schutze des Lebens und der demütigsten Dabe der Einwohner Forterklärungen zu treffen, um solche Dabe schleunigt räumen zu können, die innerhalb des Feuerbereichs der kriegstragenden feindlichen Geschütze liegen. Diese Vorbereitungen werden planmäßig mit allen Mitteln, die mit den militärischen Notwendigkeiten vereinbar sind, eingeleitet und später durchgeführt werden.

Wiesbadener Nachrichten.

— Fliegeralarm. Heute vormittag ertönten zweimal die Fliegeralarmglocken, das erste mal um 10.23, das zweite mal um 11.58 Uhr. Der erste Alarmzustand war nur kurz, er währte bis 10.41 Uhr, der zweite dagegen 50 Minuten, bis 12.48 Uhr. Von einem Angriff feindlicher Flieger innerhalb des Festungsbereichs Mainz ist nichts bekannt geworden.

— Lebensversicherung. Der Disauschluß der Lebensversicherung (Unfälle) wird durch die Auslieferung der Unfälle im Weltkrieg im Falle des Reiches (Kriegsversicherung) ersetzt. Die Versicherungsgesellschaften haben, dieselben umgehend beim höchsten Kriegsabschluß, die Versicherung 36, Nummer 21, täglich nachmittags 3 bis 6 Uhr, an den Sonntags und Feiertagen, abzuholen.

— Abfahrberechtigt. Stadt- und Bezirksbürger Dr. Kober hält am 25. d. M. in der Hauptversammlung am Radeberg seine Abschiedsvorrede. Dr. Kober war seit 10 Jahren an der hiesigen hiesigen Gemeinde tätig und wirkte besonders segensreich während des Krieges als Bezirks- und Stadtbürger in der Seelsorge der hiesigen Soldaten in der Garnison und in den Lazaretten. Dr. Kober leistet einem Teil der israelitischen Kultusgemeinde in Köln, wofür er die erste Rabbinerstelle versehen wird.

— Petroleum-Verteilung. Die wir von zukünftiger Stelle erfahren, kann erst Ende dieses oder Anfang nächsten Monats mit der Anlieferung des Petroleum gerechnet werden. Zu diesem Zeitpunkt dürfte auch das in diesem Jahre ausschließlich durch die Stadt zur Verteilung gelangende Kohlen eintriften. Dagegen ist es noch ungewiss, ob die in Aussicht gestellten Petroleum-Lieferungen durch den Krieg gelassen können. Sobald Näheres feststeht, wird der Magistrat eine Bekanntmachung erlassen.

— Nationalisierung des Gasverkaufs. Da sich die Kohlenverhältnisse noch keineswegs gehoben haben, muß die Einschränkung des Gasverkaufs auch auf das Halbjahr Oktober 1918 bis März 1919 einschlägig ausgedehnt werden. Der Rahmen der verbleibenden Gasmenge ist zwar bereits festgelegt, doch wurden bei der neuen Gaslieferung noch bestehende Parteien nach Möglichkeit gemildert, jedoch erhöhte Gasmenge in Anspruch genommen wurden. Die neuen Aufnahmefähigkeiten, die Ende dieses und Anfang nächsten Monats zur Verteilung gelangen, erhalten die Besitzer Gasabnehmer wieder durch die Geldgeber zugeführt. Da bekanntlich in Frankfurt, die eine außerordentliche Inanspruchnahme des Gases notwendig machen sowie die Familienvermögen, eine Erhöhung der schmalsten Gasmenge möglich ist, wird dringend empfohlen, die Aufnahmefähigkeiten sofortig aufzubereiten, um sie in den gegebenen Fällen mit dem Gaslieferungsanspruch vorlegen zu können. Im übrigen wird auf die bezügliche Bekanntmachung des Magistrats verwiesen.

— Vorträge über Kunst, Vorträge und Verwandtes. * Königl. Schauspiel. In der morgen Donnerstag stattfindenden Aufführung der „Jugoslawen“ wird der neu verfasste erste Akt, v. Manowitsch von der Wiener Volkoper zum ersten mal als „Wavel“ aufgeführt. Der „Wavel“ singt Herr Rippl, (Anfang 6. Akt) Die Rolle von „Clambrus“ geht am Samstag mit Herrn Eckert von der Königl. Oper in Berlin als „König“ in Szene. (Anfang 7. Akt.) * Familienabend. Der am 27. September im Kurhaus stattfindende Familienabend wird, besonders dadurch interessant zu werden, daß einer der besten hiesigen Dichter für den Vortrag eigener Dichtungen gewonnen ist: Dr. René de Glezen, Direktor des Reichsanstalts in Brüssel. Er spricht fließend Deutsch, gibt erst den Inhalt des Gedichtes in deutscher Sprache an und spricht es dann flüchtig. Der Vortrag des Abends liegt der Dichters-Gilde (Vereinsauschluß Wiesbaden) zu.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Ht. Bad Nauheim, 24. Sept. Eine Geheimschlöcherzeit ersten Ranges wurde hier wie schon kurz berichtet, aufgedeckt, an der zahlreiche der angesehenen Bürger beteiligt waren. Zu den Betroffenen gehören u. a. erst ein Religionslehrer und einer der bekanntesten hiesigen Taler der für seine Pastoralien bis jetzt verachtet 51000 M. überschalt. — Da kann man sich nicht

verdauern, wenn Nauheim eine ausgezeichnete Kur hat. Das gewöhnliche Volk aber hat sich der höchsten Wunden erfreuen. Ht. Lehr a. M., 24. Sept. Auf dem Bahnhof Langenproffen kam es wegen der Beschlagnehmung von Kammergut zwischen einem Gendarmen und Postkassier zu hitzigen Auseinandersetzungen und Retiraden. Ein Schiedsrichter trat ein, um die Angelegenheit zu klären; auch der Gendarm wurde schwer verletzt. Beide wurden dem hiesigen Krankenhaus zugeführt. — Kassel, 24. Sept. Da die Erfahrungen des Krieges die Wichtigkeit sachverständiger und weisheitsvoller Ratsgeber für die künftige Entwicklung deutlich hervorzuheben lassen, hat die Stadtverordneten-Versammlung am Antrag des Magistrats beschlossen, eine seit einigen Jahren unbesetzt gebliebene Stadtratsstelle mit einer entsprechend vorgeschulten Person wieder zu besetzen. In die neue Stelle ist der seit etwa 10 Jahren bei der Stadtverwaltung in Kassel in einem ständig sich erweiternden Wirkungsbereich tätige Verwaltungsverwalter gewählt worden.

Neues aus aller Welt.

Starke Erdbeben in Griechenland. W. T. B. Bern, 24. Sept. Italienische Zeitungen melden ein starkes Erdbeben im griechischen Inselreich, das besonders auf Nio (Nio) verheerend gewirkt hat. Man zählte dort 300 Tote und über 2000 Verwundete. Fast alle größeren Städte seien eingestürzt.

Handelsteil.

Amtliche Devisenkurse in Deutschland.

Table with exchange rates for various countries like Holland, Denmark, Sweden, Norway, Switzerland, Austria-Hungary, Bulgaria, Constantinople, Spain, and Heligoland.

Ausländische Wechselkurse.

W. Amsterdam, 23. Sept. Wechsel auf Berlin 31.62 1/2 (zuletzt 31.80), auf Wien 17.45 (17.45), auf die Schweiz 48.75 (48.70), auf Kopenhagen 62.60 (62.60), auf Stockholm 60.70 (60.65), auf New York 206.00 (-), auf London 9.93 (9.92), auf Paris 85.10 (85.00). W. Zürich, 24. Sept. Wechsel auf Deutschland 67.15 (zuletzt 67.40), auf Wien 36.85 (37.10), auf Holland 213.50 (214. -), auf New York 4.45 (4.44), auf London 21.15 (21.20), auf Paris 81.10 (81.40), auf Italien 69. - (69. -), auf Kopenhagen 185. - (185. -), auf Stockholm 148. - (149. -), auf Christiania 136. - (136. -), auf Petersburg 53. - (53. -), auf Madrid 102.75 (103. -), auf Buenos-Aires 200. - (198. -).

Banken und Geldmarkt.

— Zeichnung auf die 9. Kriegsanleihe. Die Firma J. Mayer u. Sohn in Offenbach a. M. teilt uns mit, daß sie sich bei der Zeichnung auf die 9. Kriegsanleihe wieder mit 1.500.000 M., wie bei den vorhergehenden Anleihen, beteiligt hat.

— Weitere Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe. Die Chemischen Werke Brockhaus, A.-G. in Niederwalluf teilen uns mit, daß sie auf die 9. Kriegsanleihe den Betrag von 300.000 M. gezeichnet haben. Auf die früheren Kriegsanleihen ist von der Gesellschaft insgesamt der Betrag von 1.545.000 M. gezeichnet worden. — Die Chemische Fabrik verm. Goldenberg, Geromont u. Co., zeichnet 1 Mill. M. (früher insgesamt 7 Mill. M.). — Aus dem Kreise der Siemens-Schuckertwerke werden, wie aus Nürnberg gemeldet wird, auf die 9. Kriegsanleihe 20 Mill. M. gezeichnet.

— Die Disconto-Gesellschaft im ersten Halbjahr 1918. Berlin, 24. Sept. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft berichteten die Geschäftsführer über das Ergebnis des Geschäftsbetriebes des ersten Halbjahres 1918. Die Umsätze weisen wiederum sowohl in der Zentrale wie in den Filialen eine erhebliche Steigerung auf. In gleicher Weise gestalteten sich die Gewinnziffern recht befriedigend. Andererseits sind aber auch die Verwaltungskosten beträchtlich gestiegen. Der Aufsichtsrat erteilte seine Zustimmung zu dem Antrag der Geschäftsführer, in Lübeck und Straßburg i. E. Filialen zu errichten.

Industrie und Handel.

— Dividendenverminderung bei Eisenwerken. Berlin, 24. Sept. Die Verwaltung des Eisenhüttenwerks Thale, A.-G. in Thale, teilt mit, daß zwar Rückgang des Gesamtsergebnisses zu erwarten sei, immerhin jedoch auf ein durchaus befriedigendes Jahresergebnis gerechnet werden könne (im Vorjahr betrug die Dividende 26 Proz., außerdem wurde ein Bonus von 17 M. verteilt). — Auch die Verwaltung der Eisenwerke Gaggenau, A.-G. in Gaggenau, teilt mit, daß auf eine Dividende von nur 18 Proz. (24 Proz. im Vorjahr) zu rechnen sei.

— August Wessels Schuhfabrik. A.-G. Frankfurt a. M., 24. Sept. Der Reingewinn der August Wessels Schuhfabrik, A.-G. in Augsburg-Oberhausen, beträgt für das Geschäftsjahr 1917/18 einschließlich des Gewinnvortrages 1.162.256 M. (1916/17 954.765 M.), woraus 18 Proz. (wie i. V.) Dividende verteilt werden.

— Der Jahresabschluss der Laurahütte. Berlin, 24. Sept. Die Vereinigten Königs- und Laurahütte hatten einen hochgewinn, der höher ist als der vorjährige. Nach Abzug der um 1.6 Mill. M. gestiegenen Kriegskostenrücklage sowie der infolge anderer Abgaben um 400.000 M. höherer Zentralverwaltungs-kosten verbleibt ein Rohgewinn von 15.527.816 M., aus dem für ordentliche und außerordentliche Abschreibungen von den Anlagewerten 7.156.734 M. entnommen werden. Aus dem verbleibenden Reingewinn sollen die Erhaltung der Kriegsrücklage für Werkzeuginrichtungen und die üblichen Zuwendungen an Wohlfahrts-einrichtungen in der Gesamthöhe von 3.630.000 M. entnommen und wieder 12 Proz. Dividende zur Verteilung vorgeschlagen werden.

Genossenschaftswesen.

Ht. Kreisgeschäftsstelle des Nassauischen Raiffeisenverbandes. Die krisenwirtschaftlichen Aufgaben und Maßnahmen des Nassauischen Raiffeisenverbandes haben einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verbandsleitung besondere Kreisgeschäftsstellen einrichten mußte. Solche wurden jetzt zunächst in Biedenkopf, Wiesbaden und Usingen ins Leben gerufen.

Wettervoraussage für Donnerstag, 26. Septbr. 1918 von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Zeitweise Trübung, doch vorwiegend trocken und mild.

Wasserstand des Rheins.

Table with water levels for different locations like Diebrich Pegel, Diebrich, Mainz, etc.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptredakteur: H. Hegerhorst.

Verantwortlich für den Inhalt und politische Nachrichten: H. Hegerhorst; für den Inhalt des 2. und 3. Blattes: G. Rosenort; für den Inhalt des 4. Blattes: H. Hegerhorst; für den Inhalt des 5. Blattes: H. Hegerhorst; für den Inhalt des 6. Blattes: H. Hegerhorst. Druck und Verlag der D. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden. Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Amfliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Die Doppeimer StraÙe zwischen der Karl- und Leonorenfir. wird zwecks Veranderung der StraÙenbezeichnung am der Kreuzung der Hellmunde- straÙe auf die Dauer der Arbeit für den Fuhrerlehrer polizeilich gesperrt. Wiesbaden, 19. 9. 1918. Der Polizeidirektor, v. Heimburg.

Verzeichnis

der in der Zeit vom 14. bis einschlieÙl. 21. Sept. 1918 bei der Kgl. Polizeidirekt an gemeldeten Fundstücken.

Gefunden: 2 Portemonnais mit Inhalt, ein Reichskleinfuhrer, 1 Handbeutel mit Inhalt (Kleinfuhrer), 1 Verbleib mit Inhalt, 1 Herren-Regenschirm, 1 Sommer-Regenschirm, 1 mess. Regenschirm, 2 Damen-Regenschirme, 1 schwarze Handtasche, 1 gold. Brosche mit einer Perle, 1 Ridel-Kneifer, 1 Paar Herren-Glacié-Handschuhe, 1 Tuch, ein Halsketten von Blauen Perlen mit Anhänger, ein Knaben-Heberleier, eine goldene Brosche mit einer Perle u. 2 Steinden. Angelaufen: 1 Wolfshund mit Halsband. Angeflogen: 1 Briefkabe.

Bekanntmachung.

Da es in der letzten Zeit häufiger vorgekommen ist, daß unter mißbräuchlicher Benutzung der Feuerwehrlinien alarmiert wurde, machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß diese Tat unter den § 304 des Reichsstrafgesetzbuches fällt und mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren, oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bedroht ist.

Indem wir bis auf weiteres für jede Anzeige über einen blinden Mann die zur rechtskräftigen Beurteilung des Täters führt, eine Belohnung von 20 M. aussetzen, bemerken wir, daß nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung jedermann berechtigt ist, den Täter bis zum Eintreffen eines Organs der Sicherheitspolizei vorläufig festzusetzen.

Ich bringe dieses zwecks Nachdruck hiermit wiederholt zur allgemeinen Kenntnis. Wiesbaden, 15. 9. 1918. Der Magistrat.

Amfliche Anzeigen Sonnenberg

Bekanntmachung.

Ausgabe von Kartoffeln für zwei Wochen u. zwar vom 6. bis 19. Okt. 1918 (je 14 Pfund für den Versorgungsberechtigten) in folgender Reihenfolge:

- Donnerstag, 26. Sept.: 501-600: 8-9 vorm. 601-700: 9-10 vorm. 701-800: 10-11 vorm. 801-900: 11-12 vorm. 901-1000: 12-1 vorm. 1001-1100: 8-4 nachm. 1101-1200: 4-5 nachm. 1201-1300: 5-6 nachm. Freitag, 27. Sept.: 1401-1500: 8-9 vorm. 1501-1600: 9-10 vorm. 1601-1656: 10-11 vorm. 1-100: 11-12 vorm. 101-200: 12-1 nachm. 201-300: 8-4 nachm. 301-400: 4-5 nachm. 401-500: 5-6 nachm.

Die Lebensmittel-Ausweisliste vorgehen! Angleich werden die Einwohner aufzufordern, für die sorgfältige Aufbewahrung der Kartoffeln zu sorgen, da Nachlieferungen für die Zeit bis 19. Oktober 1918 gänzlich ausgeschlossen sind. Sonnenberg, 24. 9. 1918. Buchel, Bürgermeister.

Bekanntmachung von Saugat

Die Grundbesitzer von Sonnenberg werden ersucht, am Donnerstag den 26. Sept. 1918, im Laufe des Vormittags auf dem Rathaus, J. 8, ihren Bedarf an Saugat (Hoggen, Weizen, Gerste, Hafer, Sommerweizen, Kartoffeln usw.) auszugeben. Mit Rücksicht darauf, daß das Saugat in diesem Herbst bezogen werden muß, wird die Bedarfsanmeldung dringend empfohlen. Beschlüssen nach dem 26. Sept. 1918 können nicht mehr berücksichtigt werden. Sonnenberg, 24. 9. 18. Der Bürgermeister, H. D.: Grill, Weizenbau.

Am 8. Oktober 1918, vormittags 10 Uhr, werden an Gerichtsstelle, Zimmer No. 61, folgende Grundstücke:

- 1. Wiesbaden - Innen, Band 37 Blatt 553, lfd. No. 1, Kartenblatt 53 Parzelle No. 164/67, Ader, Galgenfeld, 11 ar 40 qm groß, Wert 42000 Mark; 2. Wiesbaden - Außen, Band 53 Blatt 1042, lfd. No. 9, 10 und 12, Kartenblatt 35 Parzelle 609/134, Ader, Richard Wagner Straße, groß 2 ar 72 qm, Kartenblatt 35 Parzelle No. 611/134, Ader, das. groß 42 qm, Kartenblatt 35 Parzelle 707/134, Ader, das. groß 2 ar 63 qm, Wert 10386 Mark; 3. Wiesbaden - Außen, Band 11 Blatt 205, lfd. No. 1, Kartenblatt 82, Parzelle 190/27, Wohnhaus mit Hofraum, Dambachtal 3, groß 3 ar 32 qm, Wert 60000 Mark, zwecks Aufhebung der Gemeinschaft zwangsweise versteigert. F608

Wiesbaden, den 30. September 1918.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

Anmeldung zur Landsturmrolle.

(Stadtkreis Wiesbaden.)

Die im Monat September 1901 geborenen Landsturmpflichtigen werden hiermit aufgefordert, sich am Samstag, den 28. Sept. cr., vormittags von 8-12 Uhr, auf dem Militärbüro, Rathaus, Zimmer Nr. 51, unter Vorlage ihrer Geburtsurkunde oder anderer behördlicher Urkunden (Invalidentarte, Arbeitsbuch usw.) zu melden. F 597

Wiesbaden, den 25. September 1918.

Der Magistrat.

Rationierung des Gasverbrauches.

Die Einschränkung des Gasverbrauches muß auch auf die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1919 einschließlich ausgedehnt werden. Die Rationierung der für diesen Zeitabschnitt festgesetzten monatlichen Gasmenge erfolgt wieder schriftlich in der Reihenfolge der Messeraufnahmen.

Diejenigen Messerabnehmer, die bei Beginn des Verbrauchsmontates Oktober d. J. noch nicht im Besitze der Zuteilung sind, haben die Verpflichtung, sich unter Vorlage ihres Haushaltsausweises im alten Rathaus, auf Zimmer 18 zwecks Entgegennahme ihrer Veranlagung zu melden. In keinem Falle können Abnehmer, die nicht oder nicht rechtzeitig benachrichtigt worden sind, daraus ein Recht auf unbeschränkten Gasverbrauch ableiten.

Wiesbaden, den 24. September 1918. F713

Im Auftrage des Reichskommissars für die Kohlenverteilung.

Der Vertrauensmann:

Dipl.-Ing. Arfey, Oberingenieur.

Borzügliche Brattkartoffeln ohne Fett

bereitet man auf folgende Art: 1 Pfund Kartoffeln werden mit der Schale gewaschen, die Haut wird abgezogen, die Kartoffeln werden in Scheiben geschnitten, 1 Teelöffel „Plantag“ wird mit 1/4 Liter Wasser in der Pfanne aufgelöst, die Kartoffeln hierin 10 Minuten gebraten.

„Plantag“ ist in fast allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/4 und 1/8 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H. Hamburg.

Herings-Verteilung betreffend

Zusolge Bekanntmachung des Magistrats betreffs Heringsverteilung mache ich meine Kunden wie die Einwohnerschaft Wiesbadens aufmerksam, daß Heringe

nur an eingeschriebene Kunden

verabfolgt werden können. Alle diejenigen Haushaltungen, die einem zum Verkauf von Konsumgütern bzw. Konsumgüterwaren zugelassenen Fischgeschäften noch nicht zugewiesen sind, wollen dies bis zum Freitag, den 27. September, Zimmer 7, im eigenen Interesse nachholen.

Die Wahl des Geschäftes steht jedermann frei!

Fischhaus Johann Wolter 12 Ellenbogengasse 12 Fernsprecher 453 Geschäftsrundung 1886. Fischgeschäft Nr. 2.

Berordnung betreffend die Veräußerung gebrauchter Möbel.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung (R.G.B. S. 6, 728) wird, mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten, für das Gebiet der Stadt Wiesbaden folgendes bestimmt:

1. Gebrauchte Möbel im Sinne dieser Verordnung sind alle in Haushaltungen übliche gebrauchte Möbelstücke, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Bestandteile von Betten, Lehen, Herde, Küchengeräte und sonstige Wohnungseinrichtungsgegenstände jeder Art, Größe und Ausstattung ohne Rücksicht darauf, ob sie für Haushaltung oder für andere Zwecke verwendet worden sind.

2. Handel- und Gewerbetreibende, die gewerbmäßig gebrauchte Möbel erwerben und veräußern, sind verpflichtet, innerhalb zweier Wochen seit Inkrafttreten dieser Verordnung

- a) dem Magistrat der Stadt Wiesbaden ein Verzeichnis der zu Veräußerungszwecken in ihrem Gewahrsam befindlichen gebrauchten Möbel einzureichen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Sachen zuletzt in Haushaltungen oder in anderer Weise verwendet worden sind, und zwar getrennt nach Arten und Eigentümern unter Angabe der Einzelwerte, b) dem Magistrat der Stadt Wiesbaden Auskunft über die Verträge zu geben, kraft derer sie Lieferung derartiger Gegenstände zu veranlagen haben, c) die ihnen gehörigen Vorräte an derartigen Gegenständen der Stadtgemeinde Wiesbaden auf Verlangen ganz oder teilweise käuflich zu überlassen, 3. Gebrauchte Möbel dürfen entgeltlich nur veräußert werden, a) von dem Magistrat der Stadt Wiesbaden oder von den von ihm zugelassenen Personen oder Stellen, b) von anderen Personen an den Magistrat der Stadtgemeinde Wiesbaden oder die von ihm zugelassenen Personen oder Stellen. Sicherungsübertragungen sind auch entgeltliche Veräußerungen im Sinne dieser Bestimmung.

4. Gewerbmäßig erwerbter gebrauchter Möbel, soweit es sich nicht um freigegebene Stücke handelt, nur dem Magistrat der Stadt Wiesbaden oder den von ihm zugelassenen Personen oder Stellen gestattet.

5. Öffentliche Ankündigungen des Verkaufs oder Verkauf gebrauchter Möbel, sowie öffentliche Aufforderungen zur Abgabe von Preisangeboten durch öffentlichen Aushang, Zeitungsanzeigen oder andere Mitteilungen, die für einen höheren Preis von Personen bestimmt sind, sind ohne vorherige Genehmigung des Magistrats der Stadt Wiesbaden verboten. Der Magistrat kann die Genehmigung einer anderen Behörde übertragen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften, sowie die bei der Vervielfältigung dieser Druckschriften tätigen Personen haben zu prüfen, ob ihre Anzeigen dem Verbot in Absatz 1 zuwiderlaufen.

6. Die Veräußerung gebrauchter Möbel ist verboten. An die Stelle einer gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Veräußerung, einschließlich der Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung, tritt die Verwertung nach dieser Verordnung.

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden kann Ausnahmen zulassen. Er hat sie bei freigegebenen Stücken zu erlassen, die zum Zwecke der Zwangsvollstreckung versteigert werden sollen.

7. Wer gebrauchte Möbel veräußern will, hat dem Magistrat der Stadt Wiesbaden oder einer der von ihm zugelassenen Personen oder Stellen ein Verzeichnis der Stücke mit Einzelpreisforderung einzureichen.

Sachen, die nicht ohne Nachteil voneinander getrennt werden können und daher verkehrsmäßig als zusammengehörig zu einem Gesamtpreis veräußert werden, sind als solche besonders zu vermerken. Ein weitergehendes Verlangen nach verhandelter Veräußerung ist wirkungslos.

Wird für einen Gegenstand ein besonderer Kunst- oder Altertumswert in Anspruch genommen, so ist dies im Verzeichnis besonders zu vermerken.

8. Der Magistrat läßt die angemeldeten Gegenstände durch einen vereidigten Schätzer besichtigen und, sofern erforderlich, abschätzen. Für die Schätzung ist maßgebend der Gebrauchswert zur Zeit des Angebots unter Berücksichtigung des nachgewiesenen ursprünglichen Neuanfertigungspreises, der Abnutzung und der noch erforderlichen Aufbesserungskosten. Der Magistrat kann nähere Schätzungsanweisungen erlassen.

Ist der Anbieler mit dem Schätzungswert nicht einverstanden, so ist er befugt, wenn die Beschränkungssumme 25 v. H. des von ihm bei der Anmeldung geforderten Preises, mindestens aber 50 M. übersteigt, innerhalb dreier Tage seit Bekanntgabe der Schätzung auf Besichtigung und Schätzung durch einen Ausschuss von drei anderen vereidigten Schätzern anzutragen. Die Schätzer werden durch den Magistrat oder die von ihm bestimmte Amtsstelle bestimmt. Ihre Schätzung ist endgültig, auch wenn sie niedriger ist als die erste.

Die Kosten dieser Schätzung fallen zur Last:

- a) dem Antragsteller, wenn ihr Ergebnis das der ersten nicht übersteigt, b) der Stadtgemeinde Wiesbaden, wenn die Beschränkung im vollen Umfang begründet ist. Ist die Beschränkung nur teilweise begründet, so werden die Kosten im Verhältnis des Mehrbetrages gegenüber der angemeldeten Preisforderung verteilt. Wird für den Gegenstand ein besonderer Kunst- oder Altertumswert in Anspruch genommen, so entscheidet hierüber im Streitfall an Stelle des vereidigten Schätzers im Auftrag des Magistrats einer der von dem Magistrat ständig bestellten Kunstverständigen. Die Kosten dieser Schätzung trägt der Antragsteller. 9. Erscheinen an gebotenen Gegenstände mit Rücksicht auf Art oder Wert als für die Kleinwohnungseinrichtung von erheblicher Bedeutung oder die Haushaltungsmittelvermittlung ungeeignet, so gibt der Magi-

strat sie zur anderweitigen Verwertung frei. Die Freigabe wird in geeigneter Weise an dem Gegenstand kenntlich gemacht.

Freigegebene Gegenstände unterliegen nicht der Veräußerungsbefreiung nach Nummer 3 und 4 dieser Verordnung.

Gegenstände, deren besonderer Kunstwert oder Altertumswert dem Magistrat anerkannt oder gemäß Nummer 8 Absatz 6 festgestellt ist, unterliegen auch nicht den Vorschriften Nummer 5 und 6. Im übrigen kann von den Vorschriften der Nummer 5 und 6 der Magistrat der Stadt Wiesbaden Ausnahmen zulassen.

10. Bis zum Ablauf des dritten Tages seit Bekanntgabe des ersten Schätzungsbeschlusses, der falls gegen dieses Ergebnis auf Schätzung durch den Ausschuss von drei Sachverständigen angetragen wird, bis zur Stellung dieses Antrages kann der Anbieler die Veräußerungsbefreiung widerrufen. Von diesem Zeitpunkt ab ist ein Widerruf wirkungslos. Bei Widerruf der Veräußerungsbefreiung trägt der Widerrufende die Kosten der ersten Schätzung.

Ist die Schätzung beendet, so hat der Magistrat oder die von ihm zugelassene Person oder Stelle gemäß Nummer 3a innerhalb einer Woche zu erklären, ob sie die Möbel oder einzelne derselben zum geschätzten Preise gegen Verzahlung übernimmt. Der Schätzungswert gilt als vereinbarter Preis.

Auf Grund der Hebernahme-Erklärung ist der Veräußerer zur Übergabe gegen Verzahlung verpflichtet.

Erfolgt die Hebernahme nicht freiwillig, so kann das Eigentum auf die Stadtgemeinde oder die gemäß 3a zugelassene Person oder Stelle durch Beschluss des Magistrats übertragen werden. Wird die Hebernahme abgelehnt oder keine Erklärung abgegeben, so sind die Sachen sofort zur anderweitigen Verwertung freizugeben. Die Bestimmungen der Nummer 9 finden entsprechende Anwendung.

11. Bei einer gemäß Nummer 7 bis 10 erfolgten Veräußerung ist, abgesehen vom Fall der arglistigen Täuschung, die Gewährleistung ausgeschlossen.

12. Auch soweit Möbel freigegeben sind, hat die Stadtgemeinde auf Antrag des Veräußerers Möbel nach folgenden Bestimmungen zu veräußern:

Die Möbel werden, sofern sie nicht bereits gemäß Nr. 5 geschätzt sind, von dem von der Stadtgemeinde bestimmten vereidigten Schätzer auf Kosten des Antragstellers geschätzt und mit einem die Anmeldung zur Vermittlung und den Schätzungswert kennzeichnenden Stempel versehen. Sie werden in eine Liste eingetragen, aus der der Veräußerer, der Standort, die Art des Gegenstandes, der Schätzungswert und die Befähigungszeit ersichtlich ist.

Die Kauflustigen erhalten auf Grund dieser Liste die erforderlichen Mitteilungen.

Der Vermittlungsantrag ist jederzeit widerruflich. Bis zum Widerruf ist jedem Kauflustigen die Besichtigung zu der angegebenen Zeit zu gestatten.

13. Sind gebrauchte Möbelstücke entgegen den Vorschriften der Nr. 7 bis 10 veräußert, so hat Erwerber innerhalb 6 Monaten seit Erwerb das Recht, die Möbel durch den amtlichen Schätzer, und falls er mit dessen Schätzung nicht einverstanden ist, durch den Schätzungsausschuss gemäß Nr. 3 abschätzen zu lassen. Der Veräußerer ist nicht befugt, gegen die Entscheidung des Schätzers die des Schätzungsausschusses anzurufen.

Ueberragt der Erwerbserlös den Schätzungswert, so ist der Erwerber befugt, die Hälfte des Mehrbetrages einzufordern und diesen Betrag für Zweck der Möbelbeschaffung für zurückführende Krüger zu verwenden. Die Kosten der Schätzung hat der Antragsteller vorzuschießen. Sie sind ihm, falls die Schätzung einen zu hohen Erwerbserlös ergibt, vom Veräußerer zu erstatten.

Zur Wahrnehmung der sechsmonatigen Frist genügt Einreichung des Antrags auf Schätzung unter Darlegung des Sachverhaltes bei dem Magistrat.

14. Die Entfernung von gebrauchten Möbeln oder Teilen derselben aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung ohne Genehmigung des Magistrats der Stadt Wiesbaden ist verboten.

Die Genehmigung darf nicht verweigert werden:

- a) wenn die Stücke nach Nr. 9 freigegeben sind, b) bei Fortzügen von Wiesbaden, 15. Sofern nicht anderweit eine höhere Strafe erwirkt ist, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft: a) wer entgegen Nr. 3 nicht freigegebene gebrauchte Möbel ohne Genehmigung des Magistrats an andere Personen als den Magistrat oder eine gemäß 3a zugelassene Person oder Stelle unentgeltlich veräußert, b) wer entgegen Nr. 4 nicht freigegebene gebrauchte Möbel gewerbmäßig erwirbt, c) wer den Vorschriften Nr. 5 und 6 zuwiderhandelt, d) wer, nachdem die Schätzung begonnen hat, ein nicht freigegebenes Möbelstück vorsätzlich beschädigt, zerstört oder beiseite schafft, e) wer der Vorschrift der Nr. 13 zuwiderhandelt.

16. Diese Verordnung tritt sofort mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. September 1918. F597

Der Magistrat.

Berordnung betr. Veräußerung gebrauchter Möbel.

Unter Bezugnahme auf die erlassene Verordnung vom 13. September 1918 wird mitgeteilt, daß die Geschäftsstelle des städtischen Möbelamts sich

Friedrichstraße 19, 1,

Zimmer 13,

findet.

Wiesbaden, den 19. September 1918. F597

Der Magistrat.

Warenankauf!

Zu kauf, gef. gegen Kasse alle gebrauchten Sachen, welche beschlagnahmefrei sind, sowie aus Matrapsen Robhaare und Kapot und Klaviere. Otto Kannenberg, Tapezierer u. Möbelhandl., nur 27 Balkenstr. 27.

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Luisenstrasse 44
neben Residenztheater. 877

Harte Haut.

Dedurin hilft über Nacht. In harten Fällen 3-4 Nächte. Erfolg garantiert. Nachahmungen weise zurück. 951
Niederlage: **Schäferhof-Apothete, Langgasse 11.**

Brennholz! Brennholz!

Offerierte prima trockenes Brennholz, auf Ofenlänge geschnitten, klein gehackt 906

per 3tr. Mt. 5.50 frei Haus

Bestellungen nimmt jederzeit entgegen

Jacob Rückert

Telephon 4920. Moritzstraße 18.

Einjährige

Prima, Abitur
Mainzer Pädagogium
Mainz. F 151
Im Aug. 17 u. Febr. 18
best. alle Schüler der
Tageskurse. Prosp. frei.

Schwarze Kleider,
Schwarze Blusen,
Schwarze Röcke,
Trauer-Hüte,
Trauer-Schleier,
Trauer-Stoffe,
vom einfachsten
bis zum allerfeinsten
Genre. K91

S. Blumenthal & Co.,
Kirchgasse 39/41.

Wiesbadener 700
Bestattungs-
Institut
Gebr. Neugebauer
Dampfschreiberei.
Gegr. 1860. Tel. 411.
Lagermagazin u. Büro
Schwalbacher Str. 36.
Lieferanten d. Vereins
für Feuerbestattung.
Übernahme v. Über-
führungen von und
nach auswärts mit eig.
Leichenwagen.

Stoff- und Blusen-

Farben
Prog. Maschinenrimer, Ecke
Bismarck- u. Dohle Str.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.
Am 24. Sept. 1918. 3. Kind
Johann Müller, 63 J.; Kind
Lulle Stapl, 3 Monate.



Stück: A.-Mk.

Kohlen SPAR Platte

35 bis 50 Proz.

Kohlensparnis

Grosslager für den Bezirk Wiesbaden:

WILH.-HÖCKER
SCHILLERPLATZ 2.

Weitere Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

052



Am 22. August starb in einem engl. Lazarett an den Folgen einer Gasvergiftung und eines Bedensschusses unser innigstgeliebter Sohn und Bruder

Sergt. Karl Lind

Inhaber des E. R. 2. Kl.

im Alter von 29 Jahren, nach treuer Pflichterfüllung den Tod fürs Vaterland, was wir tiefbetrübt Verwandten, Freunden und Bekannten anzeigen.

Lehrer Lind u. Frau
Berta u. Anna Lind.

Massenheim, den 24. Sept. 1918.

Allen, die uns bei unserem schweren Verluste eine so wohlthuende Teilnahme erwiesen, wie denen, die sich unseres Kindes nach seinem Unfall so liebevoll angenommen haben, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Rechtsanwalt Krüde
und Frau.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Heimgange meiner geliebten Frau, unserer treuversorgenden Mutter, sprechen wir allen unseren besten Dank aus. Besonders dem Herrn Pfarrer D. Schloffer für seine trostreichen Worte, sowie den Hausbewohnern und Bekannten für die freundlichen Blumenpenden.

Im Namen
aller trauernden Hinterbliebenen:
Familie Ludwig Schneider.



Tieferschüttert stehen wir an der Bahre unserer Lieben

Helene Staberow

geb. Motsch

Vollschwester vom „Roten Kreuz“

Inhaberin mehrfacher Kriegsauszeichnungen für Verwundetenpflege.

Ihr arbeitsfrohes, blühendes Leben endete auch ihr unerwartet ein plötzlicher, sanfter Tod.

Königstein (Taunus),
Haus am Hain,

Frankfurt (Main)-West,
Robert Mayerstraße 30,
den 20. September 1918.

Dr. Arno Staberow,
Kgl. Amtsrichter und Leutnant d. R.
Robert Motsch,
Fabrikant und Leutnant d. R.

Beisetzung in Königstein (Taunus) ab Elisabethenstraße 6 (am Falkensteiner Hain),
Donnerstag, den 26. September 1918, nachmittags 4 Uhr. 999

Statt jeder besonderen Anzeig.

Meine heissgeliebte Frau, unsere herzensgute Tochter und Schwester

Frau Tinna Alterthum

geb. Horenczyk

wurde uns heute nach kurzem Krankenlager durch den Tod entrissen.

In tiefstem Schmerz:

Der Gatte Paul Alterthum.
Die Mutter Frau Sara Horenczyk.
Für die Geschwister Ferdinand Neustadt und Frau,
Guste, geb. Horenczyk.

Wiesbaden, Cöln, Kiew, Berlin, Frankfurt a. M., den 24. Sept. 1918.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. September, nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des altisraelitischen Friedhofs aus statt.

Eumenspenden dankend verboten.

Ein trauriges Schicksal hat es gewollt, daß nach kurzer Krankheit F 677

Frau Elly Manasse

am 23. September in Berlin, wohin sie zum Besuch ihres erkrankten Gatten geeilt war, gestorben ist.

Wir beklagen in ihr eine Mitarbeiterin von besonders großem Eifer und Geschick, die uns auch durch ihr liebenswürdiges persönliches Auftreten wert geworden ist. Ein ehrendes Andenken bleibt ihr bei uns gesichert.

Wiesbaden, den 24. September 1918.

Deutsche Gesellschaft
für Kaufmanns-Erholungsheime.

Heute morgen entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Katharine Hellmann

im Alter von 77 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Winkler, Schillerplatz 2

Wiesbaden, Barchfeld, Bad Liebenstein,
den 25. September 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom Südfriedhof aus statt.

Heute nacht 12 1/4 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Ernestine Reinen,

geb. Grün.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Joseph Reinen u. Kinder, Wiesbaden,
Schachtstraße 4.

Die Beerdigung findet am 27. September, 4 1/2 Uhr, vom Südfriedhof aus statt.

Ausnahmetage

verlängert bis 6. Oktober.

Jeder Kunde erhält zu jeder Aufnahme von 8 Mark an

ganz umsonst

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes, 30 x 36 cm, einschl. Karton.

Phot. Atelier mit billigen Preisen.

Samson & Cie.

Gesetzlich: Sonntags nur von 9-2 Uhr ununterbrochen geöffnet.
G. m. b. H. Gr. Burgstrasse 10

Hochschulkurse

Samstag, den 28. Sept. 1918, abends 8 Uhr, Aula des Gymnasiums L. Martipl.: Prof. Dr. Reinhard Junge, Direktor des Wirtschaftsinstitut für den Orient-Berlin: „über die Wirtschafts-Geographie des Orients“.

Eintrittskarten zu 2 Mk. im Ar.-Wohlfahrts-Klub Rheinstr. 36, und abends am Sonntag.

Kurhaus Wiesbaden.

Donnerstag, den 26. Sept. 1918, abends 8 Uhr, im kleinen Saale:

VORTRAG

Emil Peters

Schriftsteller aus Berlin-Neuenhagen
Vorsitzender des Bundes für Deutsche Volkskraft über:

Die Kultur der Seele! Frohe Gedanken und mutiges Leben.

Eintrittspreise: 1. bis 10. Reihe 3 Mk., 11. bis letzte Reihe 2 Mk., Galerie 1 Mk. (Sämtliche Plätze numeriert.) F 821
Städtische Kurverwaltung.

Gängervereinigung Wiesbaden.

Letzte Probe

vor dem Konzert:

Donnerstag, den 26. Sept.

in der Wartburg.

Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr (Mit Rücksicht auf d. Wägl. d. R.-G.-S. Eintracht-Verein).
Solltägliches Erscheinen dringend erforderlich.
Der Ausschuss.

Palast-Kabarett

im Vergnügungs-Palast

Gross-Wiesbaden

Dotzheimer Str. 19. Fernruf 810.

Der glänzende neue Spielplan!

Berti Stoof. Oskar Salden.

2 Alexander 2. 3 Tannis.

Mia Vera. Else Franke.

Lissy Carmen. Henny Renz.

Anfang 9 Uhr.

Zum Ablenden geeignete

Ersatzstoffe

empfehlen in-grosser Auswahl

Hamburger & Weyl

Marktstrasse, Ecke Neugasse.

Favorit-Modenalbum

wieder eingetr. D. Siek' Buchh. (Hauptpost).

Wiederbeginn des

Gesangunterrichts

und der Ensemblestunden vom 1. Oktober ab.

Maria Cordes

Königl. Hofopernsängerin a. D.

Schriftl. Neuanmeldungen nach Sonnenberg, Allersberg 3.

Heinrich Fried

Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte
Wiesbaden

Fernruf 6599 Kirchgasse 50/52

Bringen Sie mir jetzt schon Ihre Winter-Hüte jeglicher Art zum Umpressen u. Umarbeiten nach den neuesten Modellen, da wegen Mangel an Arbeitskräften rasche Lieferung später unmöglich ist.

Negative Retouche

nur tadellose Arbeit mit Formenverständnis (Skizzenmanier).

Angebote nur von gutem Atelier an Heinz Schulze, Göbenstrasse 4, II. Sprechst. vorm. 10-1 Uhr.

Anzündholz per Saß Mk. 1.50

Abfallholz per Saß Mk. 2.50

astreine und Bretter für Schreinerzwecke, auch Latten, ferner kurze Risten-Bretter liefert frei Haus

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2, Telefon Nr. 84. 947

Spielsachen,

bessere Kind-, Grammophone und Platten, Musikboxen, Geigen, Zithern, sowie andere Instrumente laßt zu hohen Preisen

Postkarte genügt. Zimmermann
Wagemannstr. 13 :: Fautbrunnenstr. 9.



Neueste Damen-Pelzhüte

Velours, Zylinder, Samthüte sind bei mir zum Verkauf ausgestellt.

Fassonieren sofort, da eigener Betrieb im Hause. Telefon 3873. A. Kuss, Rhenstraße 48.

Große Lagerräume

mit Locomobile und Hofbenutzung zu mieten gesucht. Gefl. Offerten unter F. 578 an den Tagbl. Betrug.

Onil putzt auch alle andern Gegenstände.

In 5 Minuten
putzen Sie Ihre Herdplatte blitzblank mit

Onil
das selbsttätige Herd-Putzpulver
Alleiniger Fabrikant:
Otto Weander, Kaiserswerth

Zu haben bei den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins Wiesbaden u. Umgegend, des Beamten- und Bürger-Konsumvereins, Oskar Siebert, Taunusstrasse 50, D. Fuchs, Saalgasse, Drogerie Th. Wachsmuth, Emser Strasse 64, Friedr. Groll, Goethestrasse 13, Theodor Wilhelm, Westendstrasse 24, Carl Werner, Bismarckring 2, Drogerie W. Gräfe, Webergasse, Emil Grether, Neugasse 24, Drogerie Fritz Rötter, Luxemburgstrasse, Drogerie Otto Lille, Moritzstrasse, J. W. Weber, Moritzstr. 18 u. Kais. Fr.-R. 2, Moritz Hendrich Nachf., Dambachtal und in allen einschlägigen Geschäften.

Vertreter:
J. S. Auerbach, Wiesbaden.
Telephon 4861. Telephon 4861.

Reklame-Plakate

gesetzt aus neuen wirkungsvollen Schriften, fertigt schnell zu mäßigen Preisen die

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Kontore im „Tagblatt-Haus“, Langgasse 21 Fernruf 6650-53.

la. Zitronensaft

Drogerie Neubau, Taunusstr. 25. Tel. 2007.

Ein Waagon prima **Weißtraut** zum Einschneiden per Rentner 12 Mk. eingetroffen.

H. Paab
7 Moritzstraße 7.

Ein Waagon prima **Winter-Weißtraut** zum Einschneiden zu h. Rentner 12. Fb. 14 Pf. Dohheimer Straße 66 Laden G. Senfheil

Leiterwagen

alle Größen, Mt. 38., 48., 58.,

Böttcher

Wellerstraße 47, Laden.

Düngemittel

für Herbizidung empf. Carl Sid, Dohheimer Straße 101. Telefon 2108.

Al. Umzüge, sowie das Anfahr. v. Kof., lose u. in Säcken, befragt. Röhres Rhein. Hof. Mauer 16.

Kohlen u. Kof., sowie Waagonentl. bef. prompt u. reell Ruhunternehm. Thurn, Ludwigstr. 8. F.

Gegen bar kaufe Pianino

bis zu ca. Mk. 1000.—. Schriftl. Angebots an Fri. Werler, Rheinstr. 28.

Gebrauchte Blumentöpfe

und nehere Blumenkörbe laßt Blumenfeld. Seidel Rheinstraße 47.

Reparaturen an Fahrrädern

Grammoph., Kinderwagen werden sachgemäß ausgeführt. Traugott Klauß, Weichstr. 15. Tel. 4806.

Schnellsohlerei

47 Maderstraße 47, an der Taunusstraße. Alle Reparaturen sofort und billig.

Zeitungen und Papierabfälle

Korfen und Puffer laßt und holt ab Sauer, Göbenstraße 2.

Bable für für Zeitungen, Zeitf., Bäder, Briefe 2. Einfl. bis 18 Mk. per 100 Agr. Taf. Sauer, Selenenstraße 18. Fernruf. 1832.

Hofenträger.

Kraftige Feld-Hofenträger u. starke, selbstverf. Hand, schuhe und Militärmützen billigst bei Fritz Streinich, Kirchgasse 50. 972

A. A. Seifenpulver

lose für Bäckereien wieder eingetroffen. 984

Gustav Ertel

Seifenfabrik, Langg.

Umformen von Belour-Haar- und Filzhüten

auf neueste Formen, Umarbeiten von Samthüten in bester Ausführung.

Jenny Matter,

Damenhüb., Weichstraße 11. Tel. 3927.

Gutbürgerl. Mittagessen

reißlos zubereitet, laßt manentranf. Herr in aut. Hause oder Fremdenheim gegen entredh. Bezah. Off. u. E. 880 Tagbl. S.

Bessere Dame

sucht Wirkungskreis zur Gesellschaft und Stüge. Ganze oder halbe Tage. Off. u. E. 879 Tagbl. S.

la Parkett- und Linoleum-Wachs

1/1, 1/2, 1/4 Ko.-Dosen.

M. O. Gruhl

Kirchgasse 11. Tel. 2190.

Haubennege

beste Qual. u. haltbar! natur. echt. Haar, 3 St. 5.90. Prob. St. 1.40 Mk. Friseur Reid, 26 Rindlasstraße 26.

Brillanten, Perlen

Schmuckfaden, Hand- scheine, Service, Leuchter, Bekleid. Botale laßt zu hohen Preisen

Ein kleines Handrollch. a. für Pony einger., zu verk. „Rheinischer Hof“, Mauer 16.

Geißhals, Webergasse 14. Tel. 4189.

Zuhrlente

fürnen Schutt u. Lehm abfahren Friedrichstr. 24

Al. schwarzer Tels. verl. Sebansl. Dohheim. Str., Kirchgasse. G. g. B. abang. Albrechtstr. 11. 1.

Anzündholz

trocken fein gebalten, Saß 2.50 Mk. Tel. 2614.

Meiner, Ludwigstraße 6.

Wanzen

Bernichtung schnell und sicher, auch auswärtig. Kammerjäger Schmitt

3 Berderstr. 3.

Brillanten, Perlen

Service, Leuchter, Bekleid laßt zu hohen Preisen

Duffig, Taunusstr. 25.

Eine graue Wagendede

mit doppelt. Aufschrift: Obbau und Verkauf von Ref. Wels. Reudorf (Rheingau) verloren Der Wiederbringer erhält gute Belohnung. Vor Anlauf wird gewarnt. Abzug an Joseph Wels, 998 Reudorf (Rheingau).

Serrenschirn, 1. Stuch. u. C. Rehen gefahren. Wiederbringer Belohnung Moritzstraße 40. 1.

3 Berderstr. 3.

3 Berderstr. 3.

3 Berderstr. 3.